



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 23. Januar 2023

Der Kantonsrat hat ein dringliches Postulat von SVP, FDP, Mitte, GLP und SP zum Umbau des Seepolizei-Standortes Oberrieden diskussionslos an den Regierungsrat überwiesen ([KR-Nr. 477/2022](#)). Dieser muss nun in einem Bericht aufzeigen, weshalb die Kosten des Projekts trotz Reduktion des Raumprogramms dreimal höher sind als beim ursprünglichen Projekt.

Die ZKB soll neu per Kantonalbankengesetz dazu verpflichtet werden, zum Klimaneutralität beizutragen. Der Kantonsrat hat in erster Lesung mit 122 zu 49 Stimmen einer geänderten parlamentarischen Initiative von Grünen-Kantonsrat David Galeuchet zugestimmt ([KR-Nr. 233/2018](#)).

Der Kantonsrat hat in erster Lesung einer geänderten parlamentarischen Initiative betreffend tieferen Notariatsgebühren mit 152 zu 25 Stimmen zugestimmt, die vom parteilosen Kantonsrat Hans-Peter Amrein mit Unterstützung von FDP und GLP eingereicht worden war ([KR-Nr. 301/2018](#)). Die Vorlage geht nun an die Redaktionskommission.

Die Zürcher Polizei, die Justiz und die Verwaltung müssen an ihrer Ausbildung im Zusammenhang mit sexuellen Minderheiten vorerst nichts ändern: Der Kantonsrat hat mit 85 zu 79 Stimmen, ein Postulat von SP und AL ohne Ergänzungsbericht als erledigt abgeschlossen ([5770](#)). Die vorberatende Kommission hatte beantragt, einen Ergänzungsbericht zu verlangen.

Der Kantonsrat hat ein Postulat der SP zum Thema Überstunden bei der Verwaltung mit 115 zu 55 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt ([KR-Nr. 154/2020](#)).

Der Kantonsrat hat ein Postulat von GLP, SP und Grünen mit 111 zu 55 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen, mit dem ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren in der Verwaltung gefordert wird, also ohne Foto und ohne die Angabe von Geschlecht, Alter und Herkunft ([KR-Nr. 297/2020](#)). Die Regierung hat nun zwei Jahre Zeit zur Ausarbeitung eines Berichts.

Der Kanton Zürich soll sich etwas einfallen lassen, damit das Home Office auch nach der Pandemie nicht wieder komplett verschwindet. Der Kantonsrat hat einen Vorstoss der FDP mit 91 zu 81 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen ([KR-Nr. 318/2020](#)). Der Regierungsrat muss nun innert zweier Jahre in einem Bericht aufzeigen, welche Möglichkeiten in Frage kommen könnten.

(sda/nic.)